

Antrittsrede von Ministerpräsident Stanislaw Tillich als Bundesratspräsident 2015 – 2016 in der 938. Sitzung des Bundesrates am 6. November 2015 in Berlin

– Es gilt das gesprochene Wort -

Wie vor 25 Jahren stehen wir heute in Deutschland großen Aufgaben. Das war damals ein revolutionärer Umbruch. Er war lange ersehnt, er wurde mutig erstritten und ist heute zu einem ganz erstaunlichen Teil gemeistert. Das Gelingen verdanken wir einer gemeinsamen Aufbauleistung und der großen Solidarität in Deutschland.

Die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind vergleichbar groß. Aber sie sind ganz andere als vor 25 Jahren. Heute geht es um Flüchtlinge und Asyl, um Zuwanderung und Integration, um Perspektiven hier und vor Ort. Und es geht auch um andere große Fragen: um den Länderfinanzausgleich, um die Energiewende, um Deutschland als Industrieland, es geht um die Zukunft Europas auf der einen und um die Zukunft unserer Kommunen auf der anderen Seite — und nicht zuletzt geht es um unsere Werte.

Für mich bedeutet das: Sachsen übernimmt die Bundesratspräsidentschaft in einer sehr bewegten Zeit. Und die Aufgaben, vor denen wir stehen, werden nicht kleiner sondern größer, nicht einfacher sondern schwieriger.

Wenn wir also in 25 Jahren sagen wollen: Wir haben diese Aufgaben gut gemeistert, dann müssen wir gemeinsam handeln. Der Bundesrat steht für diese Gemeinsamkeit. Föderalismus heißt, dass eigenständige - und ich sage: auch selbstbewusste Länder - eine Gemeinschaft, ein Ganzes bilden. Die Bundes-Republik wird hier in diesem Saal lebendig. Der Bundesrat ist das demokratische Bindeglied unserer Nation. Die Gemeinschaft der Länder steht auch für die Gemeinschaft der kommunalen Familie, ohne die unsere Länder nicht zu denken sind. Wir sind auch ein Bindeglied zwischen den Regionen und der Europäischen Union.

So wie von einer Krise nicht nur einer betroffen ist sondern viele, so kann man eine Krise nicht alleine meistern sondern nur gemeinsam. Dazu braucht es Vertrauen in unsere Handlungsfähigkeit und in unsere Partner. Für mich heißt das: Jetzt ist nicht die Zeit für ideologische Grundsatzdebatten sondern für politischen Pragmatismus. Denn die Bewältigung großer Aufgaben braucht nicht nur eine Mehrheit im Parlament, sondern auch Akzeptanz bei den Menschen.

Ich möchte dabei an die Arbeit von Volker Bouffier anknüpfen. Ich denke, ich spreche im Namen des ganzen Hauses, wenn ich ihm für seine Arbeit als Bundesratspräsident ganz herzlich danke. Ich durfte in der ersten Woche meiner Präsidentschaft schon deren Ehren und Freuden erleben: bei meiner Reise in den Vatikan und nach Italien. Lieber Volker: Ich kann verstehen, warum Präsident für ein Jahr eigentlich zu kurz ist.

Es ist guter Brauch, dass jede Bundesrats-präsidentschaft unter einem Leitmotiv steht. Für Sachsen soll es lauten: „Brücken bauen“. Wir müssen Sorge tragen für starke Brücken in der Politik

- zwischen Bund und Ländern,
- zwischen Ländern und Kommunen,
- und innerhalb Europas.

Und ich denke, es braucht heute neue Verbindungen in unserer Gesellschaft

- zwischen Ängstlichen und Mutigen,
- zwischen Landsleuten und noch Fremden,
- zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen,
- zwischen Tradition und Innovation,
- zwischen unserer Heimat und der Welt.

Unsere Gesellschaft wird gerade auf die Probe gestellt. Deshalb sind Verbindungen so wichtig. Manchmal denke ich, dass wir uns in Deutschland nach 25 Jahren Deutscher Einheit ganz schön eingerichtet haben. Daran ist nichts Verwerfliches es darf uns aber nicht träge machen und blind für die Welt um uns herum.

Sie bewegt sich und ändert sich rasant, und auch das Leben bei uns verändert sich. Wir werden nur Schritt halten können, wenn wir uns von Neugier leiten lassen. Sie ist es, die uns dabei hilft, erst einmal offen und optimistisch auf Neues zu schauen und dann zu sehen, was wir Gutes für uns und unser Land daraus machen können.

Damit all das, was wir vorhaben, tragfähig und erfolgreich sein kann sollten wir uns immer zuerst mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut machen, mit den Bedürfnissen und Möglichkeiten. Leider vergessen zu viele, dass so Föderalismus funktioniert, und nur so Subsidiarität gelebt werden kann. Das gilt in Europa, in Deutschland und auch in den Ländern und Kommunen.

Im Ausland wird unser Föderalismus geschätzt — im Inland reden wir ihn manchmal schlecht. Das ist ein Fehler. Denn das föderale Deutschland ist ein friedliches Deutschland. Den Diktaturen in unserem Land fehlte eben dieses demokratische Machtkorrektiv.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges hat auch Europa ein neues Gesicht bekommen. Wir haben neue Beziehungen zu unseren alten Nachbarn in Mittel- und Osteuropa. Sie wollten nach Westen. Sie haben für ihren Beitritt zur NATO, zur EU und zur Währungsunion große Anstrengungen unternommen. Sie sind dafür einen harten Weg gegangen. Und sie haben es geschafft. Aber haben wir sie auch wirklich integriert? Und: Haben sie sich wirklich integriert?

Angesichts der Krisen, vor denen wir stehen, sollten uns beide Fragen mit Sorge erfüllen und uns anspornen, als Europäer wieder mehr gemeinsam zu handeln. Das ist bitter nötig.

Europa macht gerade keine gute Figur. Man könnte auch sagen: Die Europäische Union der Nationalstaaten ist in der aktuellen Krise krank. Umso wichtiger ist, dass das Europa der Regionen gesund ist. Europäische Einheit wird in den grenz-überschreitenden Regionen gelebt, die 10 unserer 16 Länder mit ihren europäischen Partnern bilden. Und diese Einheit macht diese Regionen stark. Sachsen hat mit dem EU-Beitritt Polens und Tschechiens seine Perspektiven verdoppeln können. Europa ist für uns zu einem „Rundumblick“ geworden. Die offenen Grenzen bringen uns weit mehr Vorteile als Nachteile. Aber letztere darf man nicht verschweigen. Sie sind in den Regionen zu spüren - zuerst und am deutlichsten. Deshalb ist es mir wichtig, die Anliegen der Regionen stärker zur Geltung zu bringen. In Europa und gegenüber dem Bund.

Es sind doch die Länder und die Kommunen, in denen momentan die Weltpolitik durch- und aufschlägt. Bleiben wir Länder deshalb weiter hartnäckig, wenn es darum geht, die Interessen

der Kommunen beim Bund zu vertreten. Und das gilt nicht nur für das Thema Asyl. In den Kommunen ist Politik für den einzelnen direkt erfahrbar und überschaubar. Dort hat Verantwortung ein Gesicht, eine Stimme und einen Herzschlag. Dort beginnen Akzeptanz und Zustimmung. Das heißt für mich auch: Bei uns in den Ländern und Kommunen muss die Integration gelingen, das Brückenbauen zwischen den Menschen.

Dazu braucht es engagierte Baumeister. Und die haben wir. Sie engagieren sich. In der Familie und am Arbeitsplatz, in Vereinen und Parteien, in Gewerkschaften und Kirchen, im Ehrenamt und in der freien Wohlfahrtspflege, im Bundesfreiwilligendienst oder in einzelnen Projekten. Sie zeigen mit ihrem Einsatz, wie es geht. Sie füllen mit diesem Engagement den Rahmen aus, den uns das Grundgesetz gibt. Ihr Engagement schafft den Zusammenhalt, den unsere Gesellschaft braucht. Sie gehen dabei in den letzten Monaten bis an ihre Grenzen und oft darüber hinaus. Das ist vorbildlich und sollte uns mahnen, dass es nicht immer nur um Wertschöpfung sondern auch um Wertschätzung geht.

Wertschätzung müssen wir auch einfordern für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie gibt unserem Zusammenleben Orientierung und Stabilität. Und sie gibt uns zugleich die Gelassenheit, auch große Herausforderungen zu meistern und flexibel handeln zu können.

Für manchen mag das altmodisch klingen, aber die Regelungen, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 getroffen haben, sind zeitlos. Sie sichern uns auch im 21. Jahrhundert nach innen und außen Grundrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das ist für viele zu selbstverständlich. Und dennoch müssen wir uns um unsere Werte kümmern. Wir müssen sie leben, um sie zu verteidigen. Das verlangt Haltung. Nach innen, aber auch gegenüber denen, die zu uns kommen.

Wir dürfen eben nicht sprachlos bleiben, und schon gar nicht gegenüber denjenigen, die zu uns kommen und bei uns bleiben. Wir müssen sagen, wer wir sind, was uns ausmacht und was uns wichtig ist. Nur so kann Integration gelingen. Nur so bewahren wir, was uns wichtig ist. Nur so wird die Vielfalt im Land zu einer Bereicherung. Es muss klar sein: Das Grundgesetz und unsere Werte gelten.

Schauen wir also über den Tag hinaus und arbeiten wir in diesem Sinne gut zusammen. Für den Präsidenten ist das eine Jahr eine kurze Spanne. Für unser Land ist das vor uns liegende Jahr eine ganz entscheidende Zeit. Mein Wunsch ist deshalb: Bauen wir in der Gemeinschaft der Länder mit unseren Werten immer wieder neue Brücken im Alltag für eine stabile und sichere Gesellschaft, für eine gelingende Integration — damit Deutschland das bleibt, was es ist: Ein Land, das seine Geschichte kennt und die Zukunft verantwortungsvoll gestaltet. Ein Land, das ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist, so wie es im Grundgesetz steht.

Dafür braucht es starke Länder, deren Bürger überzeugte und engagierte Demokraten sind. Dafür braucht es Länder, die ihre Aufgaben schaffen können, weil sie gefordert aber nicht überfordert werden. Denn nur so können wir Länder, gemeinsam mit den Kommunen, dem Bund und der EU die politische Verantwortung für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Sicherheit tragen. Ich freue mich, der Länderkammer in diesem Sinne in den kommenden zwölf Monaten vorsitzen zu dürfen. Vielen Dank.